



„Reformbedarf ist enorm und wächst immer weiter“

Visionen für Österreich. Hannes Androsch erklärt im Interview, was jetzt warum dringend zu tun ist.



Hannes Androsch hat alles erreicht. Jetzt setzt er sich als Autor und Mahner für Österreichs wichtigste Zukunftsaufgaben ein.

NEWS: Österreich geht es laut aktuellen Wirtschaftsdaten recht gut. Warum fordern Sie das „Ende der Bequemlichkeit“, wie Sie Ihr jüngstes Buch genannt haben?

Hannes Androsch: Die Zweite Republik ist eine Erfolgsstory. Wir sind bislang auch gut durch die turbulenten Jahre seit 2008 gekommen. Exportzahlen, Nächtigungsstatistiken, Leistungsbilanzüberschuss und Beschäftigtenzahlen belegen dies. Das ist erfreulich und Grund für Selbstvertrauen. Auf der anderen Seite ist es alles andere als Anlass für selbstgefällige Bequemlichkeit. Es gibt eine Reihe von Bereichen, in denen Modernisierungs-, Auf- und Nachholbedarf besteht. Dieser Bedarf wächst mit jedem Jahr.

NEWS: Woran lässt sich das ablesen?

Androsch: Wir sind in einigen der wichtigen, internationalen Beurteilungen abgerutscht. Ich verweise dabei auf die Bildungspolitik in Allgemeinen und die Universitäten im Besondern. Weiters >



Zwei Werke, ein Ziel: „Das Ende der Bequemlichkeit“ analysiert den Status Quo. In „Österreich 2050“ zeigen Experten Lösungen auf.

wird es deutlich an der Budgetsituation, sowie an der Steuerprogression. In den diesjährigen Standortuntersuchungen hat Österreich durch die Bank verloren.

NEWS: An finanziellen Mitteln kann das nicht liegen, denn Österreich ist das zweitreichste Land der EU. Wo sehen Sie die Ursachen?

Androsch: Es liegt am Einsatz der Mittel. Österreich lebt eine Bürokratiesucht aus, die unnötig Milliarden verschlingt. Wir haben eine der höchsten Steuerbelastungsquoten und kommen seit Jahren nicht damit aus. Also müssen wir im öffentlichen Bereich etwas falsch machen.

„Wir setzen viel Geld für Bildung ein. Nur kommt es nicht im Unterricht an.“

NEWS: Weniger Steuern zu zahlen könnten wir uns jetzt wohl kaum leisten, oder?

Androsch: Das Geld rinnt uns leider so hinaus, wie dem Müller bei Wilhelm Busch, als Max und Moritz ihm den Mehlsack aufgeschnitten haben. Man kann ja nicht sagen, dass Bayern, Baden-Württemberg oder die Schweiz schlechter sind als wir. Und im Vergleich zur Schweiz oder auch Schweden sind unsere Staatsverschuldung und Steuerbelastung unangemessen hoch.

NEWS: Was ist jetzt dringend zu tun?

Androsch: Eine Pensionsreform ist überfällig. Die Forschung benötigt mehr Mittel, die Energiepolitik eine neue Ausrichtung.

NEWS: Wurde so wenig getan, dass der Handlungsbedarf jetzt so groß ist?

Androsch: Wir erleben gigantische Veränderungen, geradezu Umwälzungen. Die digitale Revolution verändert den Arbeitsmarkt und die Arbeitsprofile. Auch darauf muss die Bildungspolitik Rücksicht nehmen. Man hat keinen Lebensjob mehr, sondern muss fähig sein, sich neuen Bedingungen anzupassen.

NEWS: Daraus resultieren aber auch Modernisierungsängste...

Androsch: Das ist ganz natürlich. Und diese Ängste werden von den Populisten genutzt, wenn die Entscheidungsträger keine Orientierung geben und keine Perspektive eröffnen.

NEWS: Sie meinen die Verpflichtung, kommenden Generationen Möglichkeiten zu geben.

Androsch: Man kann die Jungen nicht für die Party zahlen lassen, die wir hatten. Das wäre eine Haltung nach Nestroy: „Was hat denn die Nachwelt für mich getan? Nichts! Gut, das Nämliche tu' ich für sie!“ Diese bequeme Biedermeiereinstellung ist höchst unverantwortlich. Bewahren ist natürlich bequemer als Modernisieren, aber wohl kaum Gestaltung der Zukunft.

NEWS: Gibt es nicht schon längst einen Ruf nach Reformen aus der Bevölkerung?

Androsch: Wenn man ihnen eine Hacklerregelung anbietet, machen sie davon gebrauch. Wenn man im öffentlichen Bereich mit 52 Jahren in Pension gehen kann, dann machen es die Menschen auch. Das führt zu gewaltigen Ungerechtigkeiten, vor allem zwischen dem geschützten, öffentlichen Bereich und der ungeschützten Privatwirtschaft. Hier müssen wir die Augen aufmachen und für Gerechtigkeit sorgen.

NEWS: Woher soll das Geld für die notwendigen Reformen kommen?

Androsch: Das Geld ist ja da, nur falsch eingesetzt. Ich spreche von Kleinstschulen, Mini-Spitälern sowie zahlreichen Bezirksgerichten und Kammern. Wir erhalten Strukturen aufrecht, die gar nicht fähig sind, ein gutes Leistungsangebot zu erbringen, aber viel kosten. Die Schulverwaltung ist ein klassisches Beispiel: Wir haben eines der teuersten Bildungssysteme, aber leider sind die Mittel verbraucht und kommen nicht im Unterricht an.

NEWS: Tragen die Österreicher Reformen mit?

Androsch: Man muss die Menschen überzeugen und erklären, dass es in ihrem Interesse ist. Es geht um ihre Kinder und Enkelkinder. Dann werden sie Reformen

mittragen. Wenn man ihnen aber nur nach dem Mund redet, sieht keiner einen Grund, seine Komfortzone zu verlassen. Es braucht mehr Eigenverantwortung, Eigenvorsorge und Eigeninitiative.

NEWS: Die Einsparungspotenziale wären groß genug, um Österreichs Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern?

Androsch: Ja, aber es braucht Mut und Entschlossenheit. Es ist einiges faul, im Staate Österreich.

NEWS: Das setzt aber auch eine Regierung voraus, die dem Mut hat, es anzupacken.

Androsch: Die mutlose Gezänkepartnerschaft der letzten Jahr war ja kein Erfolg bei den Wählern. Man braucht eine mutige, überzeugende Reformpartnerschaft. Das kann man den Menschen erklären.

NEWS: Und wenn sie sich nicht trauen?

Androsch: Dann sind sie in fünf Jahren weg.

NEWS: Wie wird der Wähler bei kommenden Wahlen abstimmen?

Androsch: Die EU-Wahlen drohen, ein Desaster zu werden, wenn man sich nicht zu Europa bekennt. Die Wiener Wahl übernächstes Jahr wird kein Kirchgang werden. Es ist angesagt, sich Überzeugendes zu überlegen.

NEWS: Wie?

Androsch: Man muss es den Menschen erklären. Da und dort zeigt sich Karies und

„Ohne mutige Reformen wird die Regierung in fünf Jahren abgewählt.“

die muss man behandeln. Ansonsten endet dies beim Reißen des Zahns und einem Implantat. Dies ist unangenehm und teuer.

NEWS: Der Forschungsrat hat mit dem Buch „Österreich 2050“ Wege in eine erfolgreiche Zukunft aufgezeigt. Was kann man machen, damit diese Wege auch beschritten werden?

Androsch: Mahnen und ein Stachel sein. Steter Tropfen höhlt den Stein. ●



„Ihr hattet Party, wir müssen bezahlen“

Die große Koalition hinterließ in der Republik zahllose teure Baustellen. Schulden und Arbeitslosigkeit steigen unaufhaltsam weiter an. Das Loch in der Pensionskasse wird immer größer. Hunderte Milliarden an Zahlungsverpflichtungen werden hinausgeschoben und benötigen zusätzlich Kredite.

Wolfgang Freisleben

Kaum hatte Österreich gewählt, ließ man die sprichwörtliche Katze aus dem Sack und zeigte, wie es um den Staat wirklich steht. Der Rechnungshof (RH) durfte berichten, dass die Staatsschulden 2012 um weitere 4,1 Prozent auf 201,4 Milliarden Euro gestiegen sind. Und das, obwohl die Abgabenquote mit einem neuen Steuereinnahmenrekord um fast einen Prozentpunkt auf 42,7 Prozent weiter zulegte. Doch während Griechenland inzwischen seinen operativen Saldo von Einnahmen und Ausgaben (ohne Zinszahlungen) ins Plus gedreht hat, ist es der österreichischen Regierung gelungen, diesen nach einem Plus 2011 wieder ins Minus zu drehen und einen Fehlbetrag von 1,9 Milliarden Euro zu erwirtschaften.

Zuzüglich eines Zinsaufwands von rund acht Milliarden also ein Gesamtdefizit von rund zehn Milliarden Euro. Im ersten Quartal 2103 hatte der Schuldenstand bereits 231,59 Milliarden und eine rekordverdächtige Defizitquote von 74,2 Prozent der Wirtschaftsleistung (BIP) erreicht.

EXPLOSIVES MINENFELD FÜR KÜNFTIGE FINANZJAHRE

Blättert man im RH-Bericht bis auf Seite 243, stößt man auf ein weiteres Minenfeld: die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre. Das sind Zahlungen, zu

denen die große Koalition Österreich schon jetzt verpflichtet hat – egal, wie künftige Regierungen aussehen mögen. Per Ende 2012 waren dies 153,9 Milliarden Euro, für die erst zusätzliche Kredite aufgenommen wer-

die gesamte Staatschuld verursacht. Unsere Kinder und Enkelkinder werden uns vorwerfen: „Ihr hattet die Party und wir müssen dafür bezahlen.“

Schon 1980 hat der damalige Finanzminister Hannes Androsch mehrfach schriftlich Kanzler Kreisky und Sozialminister Weissenberg darauf hingewiesen, dass die Eigendynamik der Pensionen ohne Reform immer höhere Zuschüsse aus dem Staatsbudget erforderlich machen würden. Damals ging es lediglich um umgerechnet 1,5 Milliarden Euro, was aber schon 70 Prozent des Budgetdefizits von 2,13 Milliarden Euro, aber erst 6,7 Prozent des Gesamtbudgets ausmachte. 2008 waren es bereits 6,8 Milliarden und 2012 nach einem Anstieg dazwischen um weitere 31



Parlament in Wien: Schluss mit der Bequemlichkeit, denn im Budget fehlen 153,9 Milliarden Euro an bereits beschlossenen künftigen Zahlungsverpflichtungen

den müssen. Hinzu kommen Haftungen von Bund und Ländern von rund 157 Milliarden Euro, die – siehe Hypo Alpe-Adria – durchaus schlagend werden können.

LÜGENSKANDAL VON ROT-SCHWARZ UM DIE UNGESICHERTEN PENSIONEN

Einen ausgesprochenen Lügenskandal leistet sich die große Koalition mit den Pensionen. Denn die sind nur sicher, weil seit gut 35 Jahren die Eigenfinanzierung durch immer höhere Kredite ergänzt wird. Die Pensionen werden also auf Pump finanziert – Zuschüsse und Zinseszinsen dafür haben

Prozent bereits 8,7 Milliarden Euro – das waren 87 Prozent der Neuverschuldung oder 12,2 Prozent des Staatshaushalts.

Neben der demografischen Entwicklung schlagen auch die Beamten unbarmherzig zu Buche. Denn die Pensionslücke zu zwei Drittel von den Bundesbeamten, die im Vorjahr nach einer Steigerung um 11,6 Prozent binnen Jahresfrist 7,27 Milliarden Euro an Pensionen erhalten, aber nur 1,6 Milliarden Euro in die Pensionskasse eingezahlt haben. Vor zehn Jahren hatte die damals schwarz-blaue Regierung mit der Pensionsversicherungsreform 2003 eine Anhe-

CREDITS: Shutterstock, Bundeskanzleramt



Großkoalitionäre Vizekanzler Spindelegger (li.) und Kanzler Faymann: Eine SPÖ/ÖVP-Regierung erwies sich noch nie als reformfähig

bung des durchschnittlichen Pensionsantrittsalters beschlossen. Rot-Schwarz ignorierte es. Pensionseintrittsalter waren ebenso tabu wie die Höchstbeitragsgrundlage. Dafür gibt es für selbstständige Jungunternehmer exklusiv eine Mindestbeitragsgrundlage.

DIE ARBEITSLOSIGKEIT STEIGT, DIE PRODUKTIVITÄT STAGNIERT

Auch von weiteren Baustellen der Republik kommen wieder laute Töne. Die Zahl der Arbeitslosen stieg übers Jahr um 14,1 Prozent auf offizielle 335.661, weil der Beschäftigungszuwachs um 0,4 Prozent oder 15.000 auf rund 3,522.000 nicht ausreicht, um das Arbeitskräfteangebot aufzunehmen. Vorangegangen war 2012 eine Stagnation der Arbeitsproduktivität. Gleichzeitig stiegen die Arbeitskosten in der Warenproduktion um 3,2 Prozent. Doch die Gewerkschaft der Privatangestellten ist im Begriff, mit dem ewigen Nein zu Sonntagsarbeit oder längerer Tagesarbeitszeit zum Fossil zu erstarren. Das gleiche gilt für die VP-Vertretung der Lehrer: 34 erfolglose Verhandlungsrunden mit der „roten“ Unterrichtsministerin Claudia Schmied sprechen für sich.

So schaut das ungeschminkte Ergebnis von sieben Jahren „großer“ Koalition von SPÖ und ÖVP aus. Davon zwei unter dem SP-Kanzler Alfred Gusenbauer und seinem VP-Vize Wilhelm Molterer (2007–2008) und dann fünf unter Werner Faymann mit Michael Spindelegger (seit Dezember 2008). Der Hinweis, dass die Verhältnisse in anderen EU-Ländern ähnlich sind, wäre das dümmste nur mögliche Argument. Denn die Regeln im internationalen Wettbewerb werden nicht von europäischen Nachzögern bestimmt.

REFORMSTAU SEIT 35 JAHREN MIT KREDITEN ZUGEDECKT

Dass ein Reformstau besteht, ist seit Jahrzehnten bekannt und wird mit Krediten zugedeckt. Schon Bruno Kreisky sagte vor 35 Jahren, man müsse eigentlich die Staatsstruktur gänzlich zerschlagen und völlig neu aufbauen. Er wusste, wovon er sprach. In der Ersten Republik gab es nämlich einen nach Berufsgruppen organisierten Ständestaat, von dem sich die ähnlich gegliederte Bündeorganisation der ÖVP mit Bauernbund, Wirtschaftsbund und ÖAAB für Angestellte ableitete. Die Arbeiter-Heimat wurde die SPÖ. Diese Berufsgruppen wur-

den seither durch die Absprachen der legendären Sozialpartnerschaft bevorzugt bedient. Doch das reicht nicht mehr. Statt der großen gibt es daher höchstens noch eine knappe Koalition, deren Ablaufdatum immer näher rückt. Und das durchaus verdient. Denn eine SP/VP-Regierung erwies sich noch nie als reformfähig.



RECHTZEITIG VOR DER REGIERUNGSBILDUNG BRACHTE HANNES ANDROSCH DAS BUCH MIT DEM TITEL „ENDE DER BEQUEMLICHKEIT – 7 THESEN ZUR ZUKUNFT ÖSTERREICHS“ HERAUS. EINE AUFFORDERUNG FÜR DIE NÄCHSTE REGIERUNG NACH DEM MOTTO: „UNS GEHT'S GUT – UND MORGEN?“

„Nun will ich Taten sehen!“

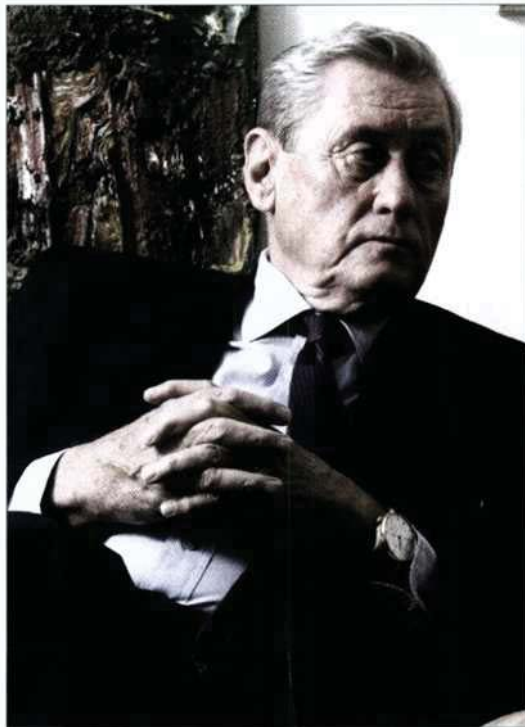
Wolfgang Freisleben sprach mit dem ehemaligen Vizekanzler, Finanzminister und heutigen Industriellen Hannes Androsch über Versäumnisse der letzten Regierung:

GELD° Magazin: Was erwarten Sie von der neuen Regierung?

HANNES ANDROSCH: Es scheint, als hätten sich die Politiker der Nestroy'schen Formel verschrieben: „Was hat denn die Nachwelt für mich getan? Nichts! Genau das mach ich für sie.“ Das ist zwar ein bequemer, aber zukunftsverweigernder Standpunkt. Dass es uns 70 Jahre sehr gut gegangen ist, ist eine Verantwortung, dies auch unseren Kindern und Enkelkindern, zu ermöglichen. Das wird aber vernachlässigt.

Was sprechen Sie damit an?

An erster Stelle die Bildung. Das Erfordernis beginnt im vorschulischen Alter unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Verhältnisse, dass über 70 Prozent der Mütter berufstätig sind, und unter Berücksichtigung der neurowissenschaftlichen Erkenntnisse und der Pädagogik. Es bedarf einer ganztägigen vorschulischen Betreuung, um sicherzustellen, dass man zumindest die Landes- und Muttersprache altersadäquat lernt. Das gilt ebenso für den Pflichtschulbereich mit Ganztagschulen. Auch die Gymnasien werden den Anforderungen nicht gerecht. Denn sonst hätten wir nicht einen Nachhilfemarkt für 160 Millionen Euro. Die Universitäten sind mangelhaft ausgestattet. Dort gibt es zu viel Studenten, die gar nicht studieren wollen. Bei den Fachhochschulen haben wir hingegen Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren. Diese Studierenden haben einen sinnvollen Abschluss und keine Probleme, einen Job zu bekommen. Das ist bei den Universitäten nicht so. Wir haben doppelt so viele Unis als die Schweiz, sind aber im Ranking weit hinten. Wir brauchen daher ein besseres Leistungsangebot.



Soziale Leistungen. „Unfug, Ineffizienz, Verschwendung sind geradezu gesetzlich festgeschrieben worden“

Die Schweizer Universitäten haben 50 Prozent mehr Geld als unsere und ein besseres Betreuungsverhältnis von Professoren zu Studenten. Hinsichtlich Chancengleichheit haben wir eine entsprechende Förderung. Damit reduziert sich das Thema Studiengebühren auf ein Steuerungselement, mit dem man aber kein Finanzierungsdefizit ausgleichen kann. Da wird genauso ein unsinniger Glaubenskrieg geführt wie bei der Frage: Ganztagschule oder nicht.

Hat Ihr Bildungsvolksbegehren Einfluss auf die Regierung gehabt?

Das Bildungsvolksbegehren hat mehr Stimmen bekommen als zwei der nunmehr im Parlament vertretenen Parteien und fast so viele wie die Grünen. Es war also ein beachtliches Ergebnis, wenngleich nicht annähernd so, wie wir uns das gewünscht hätten. Gelungen ist jedenfalls, dass das Thema zur politischen Erörterung gelangt ist. Es kommt also etwas in Bewegung. Bildung wurde vor und nach der

Wahl an vorderster Stelle genannt. Aber, um Faust I zu zitieren: „Der Worte sind genug gewechselt, nun will ich Taten sehen.“ Es ist ja wirklich schon zu blöd. Nur in den drei westlichen Bundesländern ist das Anliegen bereits umgesetzt. Nicht zuletzt, weil vor der Haustüre in Südtirol seit 50 Jahren das Beispiel und das bessere Ergebnis zu sehen ist.

Wie kann man den Staat finanziell sanieren?

Wir kommen mit dem Geld nicht aus, sonst hätten wir nicht so eine hohe Schuldenquote. Gegenüber Schweiz und Schweden haben wir einen gewaltigen Änderungs- und Nachholbedarf. Die öffentlichen Haushalte wurden massiv für Spekulationen missbraucht, wie sich gezeigt hat. Jetzt bedürfen sie einer nachhaltigen Sanierung. Da sind auch soziale Leistungen zu reduzieren, weil Unfug, Ineffizienz, Verschwendung ja geradezu gesetzlich festgeschrieben wurden. Der Missbrauch mit der Hacklerregelung ist

ebenso zu beseitigen wie die Förderung von Biotreibstoff und das irrwitzig hohe Pendlerpauschale. Ausgabenseitig brauchen wir Korrekturen im Sozialstaat – aber nicht, um ihn zu beseitigen, sondern um ihn abzusichern. Da gibt es viele Widersprüche. Wir haben mit 34 Prozent der Wirtschaftsleistung die höchsten Transferleistungen, aber angeblich auch 1,4 Millionen Armutsgefährdete. Eines von beiden kann nicht stimmen. Oder die 34 Prozent sind ein unerträgliches Maß von Verschwendung. Wir haben eine der höchsten Familienförderungen, aber eine der niedrigsten Geburtenraten.

Wo sollte eine Steuerreform ansetzen?

Wir haben eine der höchsten Steuerbelastungsquoten, entkommen dem aber nicht, weil wir das Geld falsch ausgeben. Wir haben eine unerträgliche Steuerprogression. Also brauchen wir eine Reduktion von beidem. Im Einkommensbereich zahlt die Hälfte gar nichts. Dafür ▶

beginnt ab 1.180 Euro Monatseinkommen seit Grasser der Einstiegssteuersatz mit einer irrwitzigen Steuerprogression ab 36 Prozent. Arbeitskosten und Lohnstückkosten müssen steuerlich entlastet und wettbewerbsfähig gehalten werden. Und zwar im Vergleich zu Deutschland, Schweiz und Schweden. Weitere fällige Korrekturen: Die Grundsteuer ist sicher zu niedrig. Land- und Forstwirtschaft zahlen seit 30 Jahren nicht mehr als 25 Millionen Euro. Das ist eine Lachnummer. Die Mineralölsteuer ist zu niedrig; es macht ja verkehrs- und umweltpolitisch überhaupt keinen Sinn, dass wir den niedrigsten Treibstoffpreis gegenüber allen unseren Nachbarländern haben.



Bildung und Infrastruktur: „Wir leben gut, aber von der Ernte früherer Aussaaten“

Kanzler Faymann will eine Reichensteuer einführen. Macht das Sinn?

Wir hatten früher Erbschafts-, Schenkungs- und Vermögenssteuer, die insgesamt nicht einmal 500 Millionen gebracht haben. Jetzt soll das künftig drei Milliarden bringen und gleichzeitig gibt es lauter Ausnahmen: Für Häuselbauer, Land- und Forstwirtschaft, Unternehmen. Und der Rest zahlt erst ab einer Million – da muss man nicht einmal auf einem Bierdeckel rechnen, um zu erkennen, dass das ein Blödsinn ist.

Waren die Pensionen nicht schon 1980 in Ihrer Zeit als Finanzminister ein kritisches Thema?

Ja, aber es ist nichts geschehen. Man hat der demografischen Entwicklung nicht Rechnung getragen. Bei der Einführung des ASVG war der Zeitraum, während dem man Pension bezo-

gen hat, durchschnittlich zwei Jahre, jetzt liegt er bei 22 Jahren und dafür gehen wir früher in Pension und die Frauen noch früher, obwohl sie keinen Wehrdienst leisten müssen und auch dann, wenn sie keine Kinder haben. Das ist kein Akt der Gleichbehandlung, sondern eine grobe Ungleichbehandlung. Außerdem kann es ja wohl nicht sein, dass wir eine der höchsten Lebenserwartungen haben und eine der höchsten Invalidisierungsraten – da kann irgendetwas nicht stimmen: das eine ist gegeben, das andere ist ein Schmähl!

Das Frauenpensionsalter wird 2024 erhöht.

So viel Zeit haben wir nicht, wenn wir das Budget sanieren wollen. Das Triple-A-Rating, das Österreich 1976 von den Ratingagenturen erhalten hat, ist ohnedies schon verloren. Und im Übrigen geht die Pensionsregelung zu Lasten der Zukunft. Dann fehlen Mittel für Realinvestitionen, Infrastruktur und noch wichtiger für Bildung, Universitäten und Forschung. Wir leben gut, aber das von der Ernte früherer Aussaaten. Aber: wer nicht sät, wird auch nicht ernten. Und das trifft die kommenden Generationen.

Warum hat die Verwaltungsreform im Wahlkampf keine Rolle gespielt?

Unsere hypertrophe Verwaltung geht auf die Monarchie zurück und ist geblieben. Wir haben in den 83 Bezirkshauptmannschaften 7.000 Mitarbeiter und 70.000 in den Landesverwaltungen – mehr als im Bund, der ganz andere Aufgaben hat. Das ist ein verschwenderischer Unfug. Im Bundesheer haben wir 11.000 Wehrdiener, aber 24.000 Verwaltungsbeamte, dreimal so viel wie in der Schweiz. Wir haben 1,1 Millionen Schüler, davon gehen 10 Prozent in Privatschulen. Für demnach weniger als eine Million haben wir 120.000 Lehrer, aber im Unterricht zu wenige, zu wenig Werteinheiten, zu wenig Begleitung und Unterstützung. Dieses System ist eine Geldverschwendung zu Lasten der Schüler, Lehrer und Eltern.

Ist der Föderalismus überhaupt zu ändern?

Man kann doch nicht warten, bis der „Zuchtmeister der leeren Kassen“ uns dazu zwingt! Ich respektiere die historische Verwurzelung der Bundesländer und Gemeinden. Aber der Föderalismus hat Konturen, die nicht mehr zeit-

gemäß sind. Wir haben neun Bauordnungen, neun Jugendschutz- und Wohlfahrtsgesetze, zehn Abgabenordnungen und anderen derartigen Unsinn. Aber die Länder haben nicht einmal ihre Bilanzen im Griff und haben munter spekuliert – mit Landeshypothekenanstalten und ohne. Der Kanton Glarus in der Schweiz hat 40.000 Einwohner und drei Gemeinden. Die Zusammenlegung auf diese drei haben sie mit einem kantonweiten Fest gefeiert. Da könnten wir uns ein Beispiel nehmen.

Wird der Euro Ihrem Anspruch von Hartwährungspolitik gerecht?

Ohne Europa keine Zukunft. Und ohne hätten wir nicht fast 70 Jahre in Frieden, Freiheit, Wohlstand und Wohlfahrt verbracht. Aber unvollständig, mit Schwächen und Nachholbedarf. Dazu gehört auch der Euro. Zum Zeitpunkt unseres Gesprächs notiert der Euro 1,45 zum Dollar. Als er 1999 eingeführt wurde, war es 1,18. Der Euro hat also unglaublich aufgewertet. Die US-Finanzwirtschaft hat in den letzten Monaten die gewaltigen Mittel von 85 Milliarden Dollar monatlich, die von der Zentralbank zur Verfügung gestellt werden, aus den Schwellenländern abgezogen und nach Europa transferiert. Also die Währung ist in Ordnung.

Somit ein gelungenes Experiment?

Noch nicht. Denn eine gemeinsame Währung bedarf eines Mindestmaßes an gemeinsamer Bankenregulierung und -aufsicht, also einer Banken-Union. Ebenso bedarf es eines Mindestmaßes an Abstimmung der Fiskalpolitik, weil es ja Ungleichgewichte gibt zwischen Ländern und Regionen. Also brauchen wir ein Mindestmaß an unterstützendem Transfer – vor allem in Richtung Strukturverbesserung und Wettbewerbsfähigkeit. Denn einige Länder wie Deutschland und Österreich haben einen Überschuss und andere zwangsläufig ein Defizit. Sogar China und die USA haben einen Deal. Die Chinesen haben einen Überschuss an Warenlieferungen und die USA damit billigere Konsumgüter. Aber die Chinesen borgen den Amerikanern Geld, indem sie Staatsanleihen kaufen. In diesem Sinn sind die Staatsanleihenkäufe der EZB natürlich richtig und zum Ausgleich der Zahlungsbilanzen innerhalb der EU auch nötig.



Neue Bücher der Stadtbibliothek - Eine Auswahl

Das Ende der Bequemlichkeit

: 7 Thesen zur Zukunft Österreichs / Hannes Androsch. - Wien : Brandstätter, 2013.

Aufbauend auf einer wechselvollen Vergangenheit stellt Androsch sieben Thesen zur Zukunft des Landes auf, die untrennbar verbunden ist mit jener Europas: Warum der europäische Wohlfahrtsstaat reformiert werden muss, wie den neuen Polit-Populisten des Kontinents das Wasser abgegraben werden kann und was ein Europa ohne Euro bedeuten würde, sind deshalb Schlüsselpassagen dieser streitbaren Schrift.





Streitbare Schrift

Als „homo politicus“ bezeichnete Verleger Nikolaus Brandstätter Hannes Androsch bei der Buchpremiere seiner streitbaren Schrift „Das Ende der Bequemlichkeit. Sieben Thesen zur Zukunft Österreichs“ in der Akademie der Wissenschaften und lobte das Werk als „gut lesbare Zusammenfassung dessen, woran Österreich krankt“. Dem Festvortrag lauschten Ewald Nowotny, Klaus Liebscher, Peter Schieder und die Adrosch-Töchter Natascha und Claudia.



BUCHPRÄSENTATION

Androsch diagnostiziert Ende der Bequemlichkeit

VÖCKLABRUCK. Zwei Tage vor der offiziellen Buchpräsentation in Wien bot Ex-Finanzminister und nunmehriger Groß-Industrieller Hannes Androsch in der Buchhandlung Neudorfer einen ersten Einblick in sein neues Buch. „Wenn alles so bleiben soll wie es ist, dann muss sich was ändern“, beschreibt Androsch seine Absichten.

In „Das Ende der Bequemlichkeit“ stellt er dazu sieben Thesen auf, mit denen er die „Erfolgsgeschichte Österreich“ fortgeschrieben sehen will. Vor allem gehöre die Reformmüdigkeit – insbesondere im Bildungsbereich – überwunden, auch mangelnder Leistungswille drohe das Land zurückfallen zu lassen. ■



Hannes Androsch präsentierte in der Buchhandlung Neudorfer sein neues Buch



PRÄSENTATION Die sieben Thesen eines Unbequemem

WIEN. „Das Ende der Bequemlichkeit“, fordert **Hannes Androsch** und wartet in seinem Buch mit sieben Thesen zur Zukunft Österreichs auf. Vorgestellt hat es der Industrielle mit Verleger **Niki Brandstätter** Mittwochabend in der Akademie der Wissenschaften. Mit dabei: OeNB-Gouverneur **Ewald Nowotny**, Hypo-Aufsichtsratschef **Klaus Liebscher**, „Künstler helfen Künstlern“-Präsidentin **Lotte Tobisch** und **Georg Brasseur**, Präsident der mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse. (pepe/chp)

Hannes Androsch
mit seinen
Töchtern
Natascha (li.)
und **Claudia**





LEUTE



Androsch propagiert „Das Ende der Bequemlichkeit“

Im Literaturmuseum Altaussee präsentierte Hannes Androsch sein neues Buch.

Das Literaturmuseum Altaussee hat zur Präsentation der neuesten Publikation von **Hannes Androsch** in die Losergemeinde eingeladen. In seinem Buch „Das Ende der Bequemlichkeit – Sieben Thesen zur Zukunft Österreichs“ beschreibt der ehemalige Vizekanzler und Finanzminister, wie Bequemlichkeit, Reformmüdigkeit und mangelnder Leistungswille der bisherigen „Erfolgsstory“ Österreichs an den Kragen gehen.

Wer in der Hängematte liegt und der Politik die Schuld für alles gibt, der hat seine Politiker auch verdient“, fordert Hannes Androsch auf, Kritik nicht immer

an der Politik, sondern auch an sich selbst auszuüben. Der Buchvorstellung im Altausseer Kur- und Amtshaus lauschten viele Persönlichkeiten aus Politik und Kultur. Neben den beiden Gastgeberinnen des Literaturmuseums, **Barbara Frischmuth** und **Marianne Görtz** waren auch viele Vertreter der Kommunalpolitik gekommen. Nicht zuletzt, um eine persönliche Widmung vom Verfasser zu erhalten.

Unter den vielen Gästen waren etwa Bad Mitterndorfs Bürgermeister **Karl Kaniak**, sein Amtskollege aus dem oberösterreichischen Obertraun, **Egon Höll** sowie Bad Aussees Altbür-



Links: Androsch signiert, in der Warteschlange stehen unter anderem Bürgermeister Kaniak und Altbürgermeister Marl. Rechts: Bundesrätin Köberl mit Bürgermeister Höll



Altaussees Bürgermeister spricht bereits vom „Konzept 2020“

germeister **Otto Marl** samt Vizebürgermeisterin und Bundesrätin **Johanna Köberl**.

Altaussees Hausherr **Herbert Pichler** hatte in dieser Woche mit Androsch mehrmals das Vergnügen: Er war nicht nur Gast bei der Buchpräsentation, sondern vollzog mit ihm auch den Spatenstich für den Neubau des Hotels. Von Bequemlichkeit also keine Spur. „Im Gegenteil, ich bin mehrmals angesprochen worden, dass sich bei uns so viel tut“, freut sich Pichler. „Wir arbeiten auch an dem Konzept Altaussee 2020, in dem eine Umfahrungsstraße vorgesehen ist.“

PETRA WALLNER, CH. HUEMER